

# FDP Ratsfraktion Königswinter



**Pressesprecher**  
Torsten Pelka

## Pressemitteilung Montag, 02. März 2009

### **FDP: Im Kindergartenbereich muss in Königswinter an einigen Stellen nachjustiert werden. Liberale sehen weiteren Handlungsbedarf.**

Die Übernahme des zweiprozentigen Trägeranteils an den Betriebskosten durch die Stadt ist nicht der einzige Bereich, in dem nachgebessert werden muss.

Nach Ansicht der Liberalen in Königswinter besteht auch bei der Kindergartenbedarfsplanung und bei den Beiträgen noch Handlungsbedarf.

„Mit ihrem Antrag auf Übernahme des Trägeranteils rennen die Grünen bei uns offene Türen ein. Erfreulich ist auch ,dass sich die CDU dieser Auffassung anschließt,“ so die Fraktionsvorsitzende Helga Rüschi. Es war schon immer ein Anliegen der FDP, die Vielfalt des Angebots zu erhalten, um den Eltern Alternativen bieten zu können und die Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement gehört zu den Grundzügen liberaler Politik.

Angesichts der Entwicklung der Geburtenjahrgänge wird es in den nächsten Jahren zum verstärkten Wettbewerb unter den Einrichtungen kommen. Da muss zumindest finanzielle Chancengleichheit zwischen den unterschiedlichen Trägereinrichtungen geschaffen werden.

Die finanzielle Entlastung der Elterninitiativen sollte auch nicht auf das nächste Jahr verschoben werden sondern bereits ab dem Kindergartenjahr 2009/2010 erfolgen. „Die rd 40.000 € für 2009 sind sicherlich noch im Rahmen des Budgets des Jugendamtes darstellbar wenn man bedenkt, dass die Elternbeiträge für das laufende Kindergartenjahr rd. 15% höher lagen als geplant und der städtische Anteil an den U 3-Investitionen in diesem Jahr wohl nicht mehr voll abfließen wird,“ sagte die Fraktionsvorsitzende Helga Rüschi.

„Die Elternbeiträge sind das Stichwort für den zweiten Bereich wo nachgearbeitet werden muss“ führte Rüschi weiter aus. Die Liberalen wollen die Ablehnung ihres Antrages auf Absenkung der Beiträge um 15% für alle drei Betreuungszeiten nicht so einfach hinnehmen. Sie halten die jetzt beschlossene Beitragssenkung nach wie vor für unzureichend und unausgewogen.